

### Das 80-Millionen-Kronen-Anlehen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. Vizebürgermeister Dierhammer übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattet als erster Referent den Bericht über die Aufnahme des 80-Millionen-Kronen-Anlehens und führt unter anderm aus: Wer bedenkt, was das freischaffende Wiener Bürgertum, was die Gemeinde in diesen Jahren geleistet hat, wird mit Recht betonen müssen, daß die Regierung alle Ursache hätte, der Finanzwirtschaft der autonomen Körperschaften und Gemeinden volle Rücksicht angedeihen zu lassen. Wenn die Regierung die Städte nicht fördert, unterbindet sie sich ja selbst wichtiger Ertragsquellen. Wir haben vor kurzer Zeit eine Reihe von Bedeckungsvorschlägen erörtert und dieses odiose Geschäft auf uns genommen, um die Ordnung im Stadthaushalt aufrecht zu erhalten. Was zeigt sich aber in der Antwort der Regierung auf unsere Bedeckungsvorschläge? Der Staat nimmt die letzten Einnahmequellen, die noch möglich sind, für sich in Anspruch und verweist uns auf verbotliche Luxussteuern, die nichts tragen. Der Finanzminister gewährt uns keine Zusätze und keine Ueberweisungen und sagt, daß die Kriegssteuern zur Deckung der Kriegsauslagen des Staates dienen, als ob die Gemeinden keine Kriegsauslagen zu tragen hätten. Hätte der Gemeinderat unter Bürgermeister Dr. Lueger nicht die großen Industrieunternehmungen geschaffen, wären wir schon längst in einer Zuschlagswirtschaft, die von Jahr zu Jahr steigen würde. Da frage ich die Regierung, wie sie sich das Leben in der Gemeinde vorstellt. Ich sehe ja ein, daß der Finanzminister in den Milliarden Kriegsschulden untersteht, aber vertritt die Regierung, daß die Gemeinden der Unterbau des ganzen staatlichen Lebens sind?

Wisselohmetz: Bunte man glauben, daß in diesem Vorgehen der Gemeinde ein gewisses System liegt. Ich will es nicht annehmen, aber wenn man so die Zeitungen und die Literatur verfolgt und liest wie die Staatsrechtslehrer... (Wisselohmetz: Der vorläufige Brochhaus) ... alles aufhören, die Autonomie zu begraben, rechne ich darauf, daß der Gemeinderat in voller Sinnlichkeit sich in der Frage der Autonomie befindet. Eine Autonomie im Sinne dieser Staatsrechtslehrer kenne ich nicht. Glauben Sie, unter einem Regierungskommissar hätte die Stadt je einen solchen Aufschwung genommen? (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte den gewissen Krößen zurufen: Untergraben Sie nie die Autonomie, denn es wird sonst ein neues Geschlecht auferstehen, das die Autonomie sich wieder erkämpfen wird. (Lebhafte Bravorufe.)

Aus diesen Gründen bleibt der Gemeinde Wien ein anderer Weg, als auf Grund der bestehenden landesgesetzlichen Ermächtigung ein Anlehen aufzunehmen, um daraus vorschussweise die Kriegsauslagen zu bestreiten, und dieses zeitliche Anlehen immerzeit durch ein hundertes Anlehen zu ersetzen. Der Bürgermeister erörtert sodann des näheren die bekannten Bedingungen des Anlehens und schließt: Der Schritt, den wir jetzt unternehmen, ist geeignet, den Stadthaushalt in Ordnung zu halten. Es ist ein außerordentlicher Schritt, und Sie wissen, wie lange ich dabei gezögert habe, aber ich tue es nun mit dem Bewußtsein, daß alles von uns selber aufgebracht werden muß. Wir haben unsere Pflicht getan gegenüber unsern Angestellten und der Bevölkerung, und ich hoffe, daß auch dieses Anlehen zum Segen der Stadt gereichen wird. (Lebhafte Beifall.)

Stein erklärt, es sei nur konsequent, wenn er für die Emission der vom Bürgermeister beantragten Anleihe stimme. Wir haben alles Interesse daran, sagt Redner, daß der Haushalt der Gemeinde Wien für die noch zu erwartende Kriegszeit in Ordnung gehalten wird. Es muß aber dem entgegengetreten werden, als ob die Banken mit dem Kurs von 94,5 Prozent uns ein Präsent machen würden. Die Laufzeit ist eine viel kürzere als bei der Kriegsanleihe und bedeutet die durchschnittliche Verzinsung fast 8 Prozent. Es ist tief bedauerlich, daß diese Anleihe nicht zur öffentlichen Substitution aufgelegt werden kann, so daß gerade das Anleihen suchende Publikum ausgeschlossen sein wird und die Banken den ganzen, Millionen betragenden Gewinn in ihre Taschen fließen lassen werden. Der Redner gibt zum Schlusse dem Wunsche Ausdruck, daß die Sparkassen der Gemeinde Wien als Emissionsinstitut nicht ausgeschaltet werden, damit die Stadt Wien nach und nach von den eisernen Klammern der Hautefinance und der gewinnflüchtigen Banken befreit werden könne.

Kunischal führt unter anderm aus: Es scheint, daß die Geringschätzung der Bedürfnisse der Gemeinde seitens der Regierung darauf zurückzuführen ist, daß es der Gemeinde Wien an jener Stelle, an der mit der Regierung ein nachhaltendes und ernstes Wort gesprochen werden kann, an einer entsprechenden Vertretung fehlt, und was ich als Anklage gegen die Regierung vorbringe, das ist auch zum großen Teil eine Anklage gegen die Vertretung der Stadt Wien im Abgeordnetenhaus. Die Anleihe kann keinem von uns Freude machen. Wenn wir in früheren Zeiten Anleihen aufgenommen haben, so waren es Investitionsanleihen, die bestimmt waren, das ganze wirtschaftliche Leben der Stadt Wien zu heben, die Anleihe, die wir aber heute aufbringen müssen, ist vollständig unproduktiv. In der Hand der Angestellten bedeutet die Teuerungszulage nicht ein Emporheben auf eine höhere soziale Stufe, sondern befähigt sie nur, die schwersten Leiden und Schäden des Krieges, die er ihrem Haushalt zugefügt hat, zu verfeinern. Der Weg, den der Staat genommen hat, führt zu dem unglaublichesten Ausmaß von Schulden, in der Form von Kriegsanleihen einerseits und Schulden bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank andererseits, die wohl die gefährlichsten sind, weil sie jedweder Bedeckung entbehren und andererseits den geringen Barmitteln, über welche der Staat noch verfügt, jeden reellen Wert nehmen, das Geld im Auslande diskreditieren und ihm die Kaufkraft im Inlande rauben. Die Gemeinde muß diesem Wege folgen und bald werden auch die Landesverwaltungen das gleiche tun müssen. Wie dieses Uebermaß von Anforderungen an den Geldmarkt wird bestritten werden können, ist mir heute unergründlich, und ich freue mich darüber, daß es der Gemeinde Wien, beziehungsweise den Verhandlungen des Herrn Bürgermeisters und des Stadtratskomitees gelungen ist, die Anleihe unter so günstigen Umständen zu begeben. Wenn ich das mit Freuden und mit Dankbarkeit konstatiere, so kann ich doch nicht umhin, in einer gewissen Beziehung meiner Betrübnis Ausdruck zu geben. Wir haben vor kurzem beschlossen, daß die Gemeinde von den Banken unabhängig werden soll? und nach so kurzer Zeit haben wir uns doch wieder in die Knechtschaft dieser Banken begeben müssen. Ich habe den lebhaften Wunsch, daß die Anleihe, die wir heute abschließen, die letzte sein möge, die wir mit Hilfe der Banken machen, und daß uns vielleicht doch, doch, wenn auch schwer, gelingen möge, schon in der Kriegszeit die Vorbereitungen zu treffen, damit wir nach dem Krieg unter Ruansbruchnahme der Finanzkraft unserer öffentlichen Sparkassen in die Lage kommen, den Banken das Geschäft zu kündigen. (Lebhafte Beifall.)

Angermayer betont ebenfalls, daß durch die Weigerung der Regierung, die Anleihe zur öffentlichen Zeichnung auflegen zu lassen, die verhältnismäßig günstigen Bedingungen abgeschwächt worden sind. Der Redner erklärt schließlich, für die Anleihe zu stimmen, weil sie eigentlich Wohlfahrtszwecken diene, denn alle Zwecke, die damit erfüllt werden sollten, seien im weiteren Sinne nichts anderes als Hilfsmittel, die dem bedrängten Volke in den verschiedensten Ständen das Durchhalten erleichtern sollen.

Dr. Stein gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Vorlage, wenn auch der Kurs der Anleihe an sich nicht ungünstig zu sein scheint, in ihrer Ausführung nicht so ausgefallen ist, wie er sich es eigentlich vorgestellt hätte. Er hätte bei dem Kriegsanlehen ein langfristiges Anlehen für berechtigt gehalten, schon deshalb, weil ja auch die künftigen Generationen zur Rückzahlung herangezogen werden sollen. Eine nur 15 Jahre laufende Anleihe bedeutet eigentlich nur eine Verteilung der einmaligen Kriegsauslagen. Trotz dieser Bedenken aber will Redner für diese Anleihe stimmen.

Wisselohmetz: Die Wechselrede hat bisher die erfreuliche Erscheinung gezeigt, daß nur Broedner das Wort ergriffen haben, dennoch muß ich aber einiges zu den Ausführungen meine: Vorredner hinzufügen. Ich erblicke in der konsequent abweisenden Haltung der Regierung die Tatsache, daß da ganz andere Gründe vorhanden sein müssen, als einfach 80 Millionen Kronen nicht zur Zeichnung auflegen zu lassen. Einer davon ist die Feindseligkeit gegen die autonome Verwaltung. (Rufe: So ist es!) Die Autonomie geht manchen Leuten gegen den Strich, insbesondere die Banken bemerken mit Entsetzen, daß die Autonomie sich Dinge bemächtigt, welche bisher Privilegien des Großkapitals waren. Ich erwähne bloß die Gewerbe-  
förderung des Landes Niederösterreich, durch welche

den Kleingewerbetreibenden Kredite zu 3 Prozent gegeben wurden, während sie bei den Banken 5 bis 7 Prozent und mit den verschiedenen Eopen vielleicht 15 bis 20 Prozent hätten zahlen müssen. Auch die Banken sehen mit Entsetzen, wie die autonomen Körperschaften sich in die Höhe schwingen, und wir hätten die Kreditgeschäfte selbst besorgt, wenn wir schon eine Stadtbank hätten. Und dies muß jetzt geschehen, wenn wir unsere Pflicht erfüllen wollen. (Lebhafte Beifall.)

Auch die Vertreter der Sozialdemokratie haben gefunden, daß die Länder als Oesterreichisch-ungarischer Staat und Bevölkerung überflüssig sind, sie wollen Kreisverbände mit ernannten Kreishauptmännern an der Spitze. Eine Partei, die die höchste Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, heßt ebenfalls gegen die Autonomie. Den Kampf gegen die Autonomie werden wir uns gefallen lassen müssen. Wenn aber der ernannte Kreishauptmann kommt, dann müssen — Sie wissen, ich war nicht radikal — die Fesseln davon fliegen, denn wir werden uns unsere Freiheit nicht nehmen lassen. (Lebhafte Beifall und Beifall.) Man will aber gleichzeitig mit der Autonomie auch die verhasste christlich-soziale Partei treffen. Ich kann Ihnen nur raten, nehmen Sie die Artikel gegen die Autonomie nicht so ruhig hin. Eine Partei wie die Sozialdemokraten ist nicht zu unterschätzen, und es bedarf des Widerstandes jedes einzelnen. Wir werden dafür sorgen, daß in den kommenden Versammlungen eine Aufklärung über den Wert der Autonomie erfolgt und die weitesten Kreise davon Kenntnis erhalten. Redner schließt: Ich kann Sie daher nur bitten, die Anträge des Bürgermeisters einstimmig anzunehmen und der Regierung bekanntzugeben, daß wir uns diese brutalen Abweisungen nie und nimmer gefallen lassen. (Stürmischer Beifall.)

Nach einem kurzen Schlusswort des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner werden die Anträge einstimmig und unter lebhaftem Beifall angenommen.